

# PARLAMENTARSREPORT



## Liebe Leserinnen und Leser!

Zehn Tage hat er geschwiegen, dann verlas er eine ziemlich nichts sagende Erklärung vor der Presse, ehe er im Landtag sein Schweigen fortsetzte. Einen Tag später kam doch noch was – ein Zeitungsin-terview, in dem Ministerpräsident Tillich mitteilte, „dass die Union keinen Raum für linken und rechten Extremismus duldet“.

Nazi-Terroristen können mutmaßlich von Sachsen aus zehn Morde, Bombenanschläge und mindestens 14 Banküberfälle begehen, und der Ministerpräsident erweckt den Eindruck, das Land und seine Behörden hätten damit nichts zu tun.

Der Bürgermeister von Johanngeorgenstadt fühlt sich von der Polizei bei der rechtzeitigen Bekämpfung der Nazi-Organisation „Brigade Ost“ im Stich gelassen. Das Landeskriminalamt machte um den Nazi-Song „Döner-Killer“ weniger Aufhebens als die Staatsanwaltschaft um friedliche Protestierer gegen Nazi-Aufmärsche. Aus der NPD-Landtagsfraktion tönt es während meiner Parlaments-Rede, in der ich über eine Familie spreche, die mich nach schlechten Erfahrungen mit Nazis nach einem gefahrlosen Urlaubsort in der Sächsischen Schweiz gefragt hat: „Es gibt diesen sicheren Ort nicht in der Sächsischen Schweiz!“

Kein Wunder, dass Nazi-Terroristen in diesem Bundesland so gut untertauchen konnten, wo Abwiegeln und Verharmlosen der Gefahr von rechts fast schon Staatsdoktrin sind. Deshalb brauchen wir nicht nur eine eigene unabhängige Untersuchungskommission, sondern ein Umdenken der Spitzen von Regierung und Sicherheitsbehörden!

*A. Hahn*

Dr. André Hahn  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Was ist so schlimm am Mindestlohn?



Im November-Plenum ließ die Fraktion DIE LINKE ihren Antrag „Niedriglöhne bekämpfen – Bundesratsinitiative für gesetzlichen Mindestlohn ergreifen“ (Drs 5/7429) auf die Tagesordnung setzen.

Zahlreiche europäische Länder haben im Verlauf der letzten zehn bis 15 Jahre Mindestlöhne eingeführt. Bei dieser Diskussion sind seit vielen Jahren die Gewerkschaften stark engagiert und auch SPD und GRÜNE helfen mit, das Thema zu diskutieren, und unterstützen in diesem Sinne die öffentliche Meinungsbildung. Für DIE LINKE ist der Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn seit Jahren Selbstverständlichkeit, da er gesellschaftlich notwendig und sozial unabdingbar ist.

Warum das so ist, begründete der **arbeitsmarktpolitische Sprecher Thomas Kind** mit einer statistischen Auflistung: „In Sachsen erhalten insgesamt 118.000 Beschäftigte aufstockende ergänzende SGB-II-Leistungen. Davon arbeiten 31.000 40 Stunden die Woche in Vollzeit und die anderen sind in Teilzeit beschäftigt. In Sachsen arbeiten 20 Prozent der

Menschen für ein Einkommen unter 7,50 Euro pro Stunde! Das bedeutet, trotz Arbeit arm zu sein! Das ist unsozial und nicht hinnehmbar. Mit der Einführung von Lohnuntergrenzen wäre nicht nur diesen Menschen geholfen, auch würden ganze Branchen vor Dumpinglöhnen geschützt und so profitierten auch die Arbeitgeber davon.“

Thomas Kind lobte die beginnende Bewegung in der Sache auf Bundesebene und forderte Sachsens Regierung im Namen der LINKEN auf, von Sachsen aus eine Bundesrats-Initiative zu starten, um das Thema weiter voran zu bringen. Die Landesregierung soll Länder wie Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern unterstützen. Die CDU/SPD-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern z.B. hat in ihren Koalitionsvertrag geschrieben, sich konsequent für die Einführung des Mindestlohns einzusetzen.

Der Aufforderung wollte die konservative schwarz-gelbe Landtagsmehrheit in Sachsen freilich nicht folgen. Der LINKE Antrag wurde abgelehnt. Sachsen setzt also weiter auf „Niedriglohn als Standortvorteil“ und verharret in bekannter Art weiter im Gestern.

Weihnachtsmärchen-Tipp:

### „Neues aus Svens Welt“



Svenni ist sauer. Von jetzt auf gleich findet die Bundes-CDU den Mindestlohn gar nicht mehr so pfui und bastelt in Berlin offenbar sogar schon an Lohnuntergrenzen. Das macht Sven wütend und so erhebt er an der Elbe seine schwäbische Zunge und trötet: Mindestlohn ist Mist!

Als Wirtschafts- und Arbeitsminister darf er das. Und weil das Morlok-Universum ein weites ist, muss er wohl auch sagen, dass ein allgemein gesetzlicher Mindestlohn gar nicht zu höheren Löhnen führt, sondern sogar „Vollzeitstellen für Benachteiligte und Geringqualifizierte abbaut“!



www.factory-7.de

Mit diesem Coup schafft es der bis dato eher einfalls- und glücklos agierende Liberale sogar in die Zeitung, was ihn wiederum beflügelt und sagen lässt, dass ein Mindestlohn gar die „positive Entwicklung“ auf dem Arbeitsmarkt stoppen würde und genau deshalb Zeitarbeit und unterdurchschnittlich bezahlte Arbeit unbedingt erhalten bleiben müssen. Und zwar als einziges heiliges Instrument, um Geringqualifizierten und Benachteiligten das Tor zum ersten Arbeitsmarkt aufzustoßen.

Und wenn die nicht gestorben sind, stehen die noch heute vor dem Tor.

(Fortsetzung folgt. Leider.)



Die Initiative Oberland „Kinder von Tschernobyl“ e.V. aus Wilthen bedankte sich mit nebenstehendem Foto herzlich bei der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und hier besonders bei der Löbauer Abgeordneten Heiderose Gläß, die sich dafür eingesetzt hatte, dass die Initiative eine Zuwendung aus dem Spendentopf der Fraktion erhält. Mit dem gespendeten Geld konnte der Ferienaufenthalt und somit die Erholung der kleinen Gäste maßgeblich unterstützt werden.

# Der Nazi von nebenan und das späte Beben

Das Epizentrum des Bebens liegt in Mitteleuropa, seine Ausläufer erschüttern das ganze Land. Mindestens zehn Tote sind bis heute zu beklagen, mutmaßlich ermordet von Rechtsterroristen, die sich für gut ein Jahrzehnt schadloos dort eingenistet hatten, wo offenbar behördliche Rechtsblindheit normal und staatschützerischer Dilettantismus zuhause ist.

„Es muss vollständig aufgeklärt werden: Wo haben die zuständigen Behörden versagt? Wo haben Strukturen nicht funktioniert? Wo genau gab es Lücken in den Ermittlungsabläufen? (...) Was auch immer durch die Sicherheitsbehörden getan wurde – im Ergebnis steht fest, es war nicht erfolgreich. (...) Wir müssen die Taten zum Anlass nehmen, auch über uns selbst und unsere Haltung nachzudenken. Es geht dabei nicht um unser Image. Es geht nicht in erster Linie um die Frage: Was für eine Wirkung hat das nach außen? Es geht darum: Welche Bedeutung hat das für uns?“, so Sachsens Innenminister Markus Ulbig am 25. November in Zwickau.

Zumindest mit Letztgenanntem dürfte sich der Pirnaer beim Ministerpräsidenten unbeliebt gemacht haben. Stanislav Tillich, der sich mit einer dünnen Erklärung als letzter Regierungschef zur rechten Mördertruppe äußerte und es auch im Parlament vermied, das Wort zu ergreifen, hatte sich via Presse zuvörderst

gerade um dieses Image gesorgt: „Unser Land ist wirtschaftlich gut unterwegs, unsere Forschungseinrichtungen haben Weltgeltung. Diese positive Stellung haben wir hart erarbeitet und die lassen wir uns nicht von Rechtsextremen und Terroristen kaputt machen.“

Mit dieser „Denke“ war sich Tillich durchaus treu geblieben: Schweigen, abducken, andere vorschicken und abwiegeln... Tage später überraschte der lächelnde Regierungschef dann aber doch und forderte erstmals, die NPD zu verbieten. Für den Chef der Linksfraktion André Hahn wenig glaubwürdig und wie immer viel zu spät, weshalb er den MP aufforderte, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch und sich für einen Abzug der V-Leute des Verfassungsschutzes aus der Nazi-Szene stark zu machen: „Die Aufforderung, der Verfassungsschutz möge selbst einen Weg finden, damit ein Verbotantrag nicht erneut vor Gericht scheitert, ist nichts anderes als die Flucht aus der politischen Verantwortung. Die Entscheidung hat allein die Regierung zu treffen, und diese sollte bald getroffen werden.“

Wenigstens die Plenarsitzung vom 23. November 2011 begann mit einem Achtungszeichen: Erstmals in der Geschichte des Sächsischen Landtags stellten sich alle Fraktionen (außer NPD) hinter einen Entschließungsantrag (Drs 5/7535). Hier einige Auszüge:

*Wir trauern um **Enver Şimşek** und **Abdurrahim Özudođru** aus Nürnberg, **Süleyman Taşköprü** aus Hamburg, **Habil Kuluç** aus München, **Yunus Turgut** aus Rostock, **Ismail Yaşar** aus Nürnberg, **Theodoros Boulgarides** aus München, **Mehmet Kubaşık** aus Dortmund, **Halit Yozgat** aus Kassel und **Michèle Kiesewetter** aus Heilbronn.*

*Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer, die geliebte Menschen verloren haben. (...) Wir sind zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt.*

*Wir erwarten, dass die Morde mit aller Konsequenz zügig aufgeklärt werden. Das sind wir den Opfern, ihren Familien und Freunden schuldig. Wir erwarten zugleich, dass Zusammenhänge dieser Mordtaten und ihr rechtsextremistisches Umfeld umfassend ermittelt und mögliche weitere ungeklärte Straftaten einbezogen werden.*

*Die jetzt bekannt gewordenen Zusammenhänge dieser unmenschlichen Verbrechen belegen auf traurige Weise, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen. Dem Extremismus muss entschieden entgegengetreten werden. Wir alle sind gefordert zu handeln – überall dort, wo Rechts-*

*extremisten versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen. Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind. (...)*

*Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfreundliche Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz. Deshalb fordert der Sächsische Landtag die Bundesregierung auf, zu prüfen, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben. Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Parteiverbote sind zu berücksichtigen.*

*Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.*

*Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*



Vor Beginn des November-Plenums gedachten die Abgeordneten des Sächsischen Landtags schweigend der durch rechte Terroristen Getöteten. Im Bild die Fraktion DIE LINKE

# Stopp dem Unterrichtsausfall!

## LINKE startet Kampagne

Glaubt man Kultusminister Wöllner (CDU), so fällt an Sachsens Schulen kaum Unterricht aus – und wenn doch, dann liegt's am Wetter! Nun hat DIE LINKE weder mit Obrigkeitsglauben noch mit Wetter oder Wöllner viel am Hut und legt deshalb lieber das Ohr an die Masse, die im konkreten Fall aus Sachsens Schülerinnen und Schülern besteht.

Wir wollen wissen: „Wo fällt der meiste Unterricht aus?“

Mithilfe einer Postkarte, die über unsere Homepage auch online auszufüllen ist, bitten wir Sachsens Schülerinnen und Schüler, bis 1. April 2012 über zwei zusammenhängende Wochen alle Unterrichtsstunden zusammenzuzählen, die ganz ausfallen oder nicht fachgerecht vertreten werden. Dabei ist es egal, ob in einer Grund-, Mittel- oder Förderschule, einem Gymnasium oder einer Berufsschule gezählt wird. Hauptsache die Summe wird notiert und an uns geschickt. Damit sich die Mühe lohnt, verlosen wir unter allen Einsendern zehn von den MdL gespendete Preise, darunter ein iPod nano in Rot (limited edition!). Zudem wird unsere Bildungsexpertin Cornelia Falken fünf Einsender/innen nach Dresden einladen.

Neben der Schüler/innen-Befragung hat DIE LINKE einen Antrag eingebracht („Unterrichtsausfall in Sachsen unterbinden!“), mit dem wir darauf drängen, dass realistische Unterrichtsausfall-Zahlen ermittelt werden, damit wirklich bekannt

| STUNDEN <b>Ausfall</b> PLAN |                      |           |          |
|-----------------------------|----------------------|-----------|----------|
| Zeit                        | Montag               | Dienstag  | Mittwoch |
| 7:50 - 8:35                 | Mathe                | Englisch  | AmF      |
| 8:40 - 9:25                 | Fällt aus<br>Deutsch | Bio       | AmF      |
| 9:45 -                      | Kunst                | Fällt aus | Deutsch  |
|                             | Sport                |           | SL       |

**Wo fällt der meiste Unterricht aus?**

In Sachsen fallen mehr Unterrichtsstunden aus als anderswo, sagen die einen. Stimmt nicht, sagen die anderen. Wir wollen es genau wissen und fragen – Dich!

Unsere Bitte: **Notiere zwischen Dezember 2011 und März 2012 über zwei zusammenhängende Wochen alle Unterrichtsstunden in Deiner Klasse, die ganz ausfallen oder nicht fachgerecht vertreten worden sind!**

Dabei ist es egal, ob Du eine Grund-, Mittel- oder Förderschule, ein Gymnasium oder eine Berufsschule besuchst. Danach ...

- fülle die Karte einfach unter [www.linksfraktion-sachsen.de/unterrichtsausfall](http://www.linksfraktion-sachsen.de/unterrichtsausfall) online aus oder
- sende sie ausgefüllt an uns
- oder gib sie in einem Bürgerbüro der Fraktion DIE LINKE in Deiner Nähe ab.

Einsendeschluss: **31. März 2012**

wird, wie viel Lehrpersonal benötigt wird. Sollen die Zahlen realistisch sein, heißt das auch, dass nicht nur die offiziell gemeldeten „Ausfallstunden“ zu zählen sind, sondern auch all die verdeckten. „Dann sind auch die Stunden zu zählen, in denen Klassen still beschäftigt werden, oder die Stunden, in denen zwei Klassen von einem Lehrer beaufsichtigt werden, der zwischen deren Räumen hin- und herpendelt. Oder auch die Stunde, die in der Förderschule von der pädagogische Unterrichtshilfe gehalten wird. Bis heute ist das für Minister Wöllner nämlich fachgerecht vertretener Unterricht“, kritisiert die **bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Cornelia Falken**: „Es gilt in Sachsen zurzeit auch nicht als Unterrichtsausfall, wenn Klassen, bei denen der Lehrer

fehlt, auf andere Klassenstufen aufgeteilt werden oder wenn Ein-Euro-Jobber und Schülerlotsen im regulären Unterricht zur Klassenbetreuung herangezogen werden.“

Weil nur anhand einer realistischen Statistik dem Problem Unterrichtsausfall wirksam begegnet werden kann, ist DIE LINKE initiativ geworden. Mit der Postkarten-Aktion und dem Antrag zum Unterrichtsausfall soll es erstmals realistische Zahlen für Sachsen geben. Danach gibt's kein Lavieren mehr in der Frage der benötigten Lehrkräfte. Schluss mit der Augenschwärze, her mit den wahren Zahlen!

Hier geht's zur Postkarte: [www.linksfraktion-sachsen.de/unterrichtsausfall](http://www.linksfraktion-sachsen.de/unterrichtsausfall)



## Plenarspiegel November 2011

Im November fanden die 44. und 45. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Folgende parlamentarische Initiativen ließ die Fraktion DIE LINKE am 23. und 24. November 2011 im Plenum behandeln:

**Aktuelle Debatte** zum Thema **„Erste Landkreise vor dem finanziellen Aus – Handeln der Staatsregierung dringend geboten!“** Die Debattenbeiträge hielten die kommunalpolitische Sprecherin Marion Junge und der Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik Sebastian Scheel.

Die Fraktion DIE LINKE brachte zwei **Gesetzesentwürfe** (in erster Lesung) ein:

1. „Gesetz zur Umsetzung des verfassungsrechtlichen Anspruchs auf Lernmittelfreiheit in Sachsen (Sächsisches **Lernmittelfreiheitsgesetz** – SächsLFreiHG)“ (Drs 5/7234). Die Sprecherin für Bildungspolitik Cornelia Falken begründete den Entwurf vor dem Parlament.
2. „Gesetz zur Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen in Sachsen sowie zur Sicherung der Inklusion (Sächsisches **Kita-Weiterentwicklungsgesetz**)“ (Drs 5/7281). Die Einbringung übernahm Annekathrin Klepsch, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik.

Neben dem Antrag zur Einführung von **Mindestlöhnen** (vgl. Seite 1) beantragte die Fraktion DIE LINKE mit der Drucksache 5/4916, die Kinderförderung neu zuregeln und eine **Kindergrundsicherung** einzuführen. Zudem wurde der LINKE Antrag zur rechtlichen Sicherung von **Nachteilsausgleichen** für Behinderte bei Prüfungen im Freistaat Sachsen behandelt (Drs 5/2755).

Die Anträge wurden mit schwarz-gelber Landtagsmehrheit abgelehnt.

\* *Alle Drucksachen (Drs) und Plenar-Redebeiträge der Fraktion DIE LINKE unter [www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)*



Foto: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für DIE LINKE unterschreibt der Parlamentarische Geschäftsführer Klaus Tischendorf die Vereinbarung, über die DIE LINKE, SPD und GRÜNE ein

Normen-Kontrollverfahren zur Prüfung möglicher Benachteiligungen freier Schulen in Sachsen auf den Weg bringen wollen. Mit dabei (stehen v.li.)

die MdL Dr. Karl-Heinz Gerstenberg (GRÜNE), Eva-Maria Stange (SPD), Cornelia Falken (DIE LINKE) und Annekathrin Giegengack (GRÜNE).

# Hochschulstandort Reichenbach: Moratorium statt Schließung!

Am 7. November gab es im Landtag eine öffentliche Anhörung zur Zukunft der Hochschule Reichenbach. Grundlage war ein Antrag über ein fünfjähriges Moratorium zur Entscheidung über den vogtländischen Hochschulstandort, den sieben Landtagsabgeordnete unterschrieben hatten: Andrea Roth, Gerhard Besier, Horst Wehner, Klaus Bartl, Johannes Lichdi, Michael Weichert und Mario Pecher. Vier Abgeordnete der LINKEN, zwei GRÜNE und einer von der SPD hatten also den Ruf aus Reichenbach erhört und den Landtag gezwungen, sich mit dem „Fall Reichenbach“ auseinanderzusetzen.

Als Vogtländerin und Mitglied der Bürgerinitiative gegen die Schließung des Hochschulstandortes (BITEX) hatte ich den Antrag initiiert und parteiübergreifend dafür geworben. Gründe dafür gibt es viele. So bietet der deutschlandweit älteste Standort für Lehre in der Textilbranche neben dem Institut für Textil- und Ledertechnik auch eine Fakultät für Architektur. Zudem zeichnet sich die Hochschule Reichenbach in bundes- und europaweiten Rankings durch Höchstleistungen aus, Studierende werden hier noch persönlich und durch ausreichend qualifizierte Lehrkräfte betreut.

Reichenbachs Oberbürgermeister Kießling kritisierte in der Anhörung u.a., dass die Schließung beschlossen wurde, ohne diese ausreichend zu begründen und die Folgen zu bedenken. Die Tatsache, dass einer



Foto: Horst Becher

strukturschwachen Gegend wie dem Vogtland die Hochschule geraubt werden soll, erweckt zudem den Eindruck, als gebe man das Gebiet auf! Anstatt „blühende Bildungslandschaften“ zu schaffen, werden die Potenziale einer Hochschule, wie z.B. der Anreiz für Unternehmenssiedlungen im Keim erstickt.

Etwa einhundert Vogtländer/innen hatten die Anhörung verfolgt

und vorm Landtag ihrem Unmut Luft gemacht. Die Mitglieder der BITEX waren von den parlamentarischen Ritualen in der Anhörung und vor allem vom Auftreten der CDU-Abgeordneten enttäuscht. Dies teilen sie in einem Schreiben an den Landtag mit und kündigten die Einrichtung eines Runden Tisches an, an dem auch Vertreter der Textilwirtschaft Platz nehmen sollen.

Über den o.g. Antrag wird Anfang 2012 im Zusammenhang mit der Anhörung zum Hochschulentwicklungsplan abgestimmt.



**MdL Andrea Roth**  
Bürgerbeauftragte  
der Fraktion  
DIE LINKE

## Gesetzentwurf der LINKEN für starke Gemeinden und mehr Demokratie

Anfang November hatten wir Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen nach Dresden eingeladen, um darüber zu sprechen, wie die Ortschaftsverfassung gestärkt werden kann. Im Rahmen unseres 2. Kommunalpolitischen Gesprächs stellten wir unseren Referentenentwurf dazu vor, der nun bis Ende März kommenden Jahres zur Diskussion steht. Unser Ziel ist, das Kommunalrecht so zu ändern, dass kommunale Selbstverwaltung und Mitsprache gestärkt werden.

Mit dem veränderten Leitbild 2010 für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden will die Staatsregierung Einheitsgemeinden und somit größere Verwaltungseinheiten schaffen. Verlierer dabei sind die kleinen Gemeinden, die ihre Selbstständigkeit und die Chance zur Mitsprache verlieren. DIE LINKE nimmt das nicht hin und fordert den Landtag als Gesetzgeber auf, die Rechte der Bürger und Bürgerinnen in den Gemeinden und Ortsteilen zu stärken.

Dazu schlagen wir vor, die Sächsische Gemeindeordnung wie folgt zu ändern:

- eine verbindliche Ortschaftsverfassung wird eingeführt,
- der Ortsbürgermeister / die Ortsbürgermeisterin (statt „Ortsvorsteher/in“) wird direkt gewählt,
- den Ortsbürgermeister/innen werden im Stadtrat und in den Ausschüssen Beratungsrecht eingeräumt,
- dem Ortschaftsrat wird ein Anhörungs-, Vorschlags- und Antragsrecht sowie das Budgetrecht bei allen Orts-Angelegenheiten zugestanden,
- die Zahl der Mitglieder des Ortschaftsrates wird anhand der Einwohnerzahl festgelegt,
- die Gemeindeverwaltung wird verpflichtet, die ortschaftsbezogenen Organe bei der Aufgabenerfüllung zu beraten und zu unterstützen,
- in größeren Ortschaften wird eine örtliche Verwaltung eingerichtet,

■ Einwohnerversammlungen, Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid werden verbindlich in der Ortschaftsverfassung geregelt.

Mit den Änderungen der Sächsischen Gemeindeordnung zur Ortschaftsverfassung (§ 65 bis § 69) möchten wir die Diskussion in den Kommunen und Ortsteilen begleiten und würden uns freuen, wenn alle, die kommunalpolitisch Verantwortung tragen, darüber mit uns ins Gespräch kommen. Diskutieren Sie mit uns über den Gesetzentwurf und teilen Sie uns Ihre Änderungsvorschläge mit! Ich stehe dafür als Ansprechpartnerin ebenso zur Verfügung wie der parlamentarisch-wissenschaftliche Berater Alexander Thomas. (Kontakt: s. Impressum)



**MdL Marion Junge**  
Sprecherin für  
Kommunalpolitik

Mehr Infos unter:  
[www.linksfraktionsachsen.de/kommunalservice](http://www.linksfraktionsachsen.de/kommunalservice)

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon 0351/493-5800,  
Fax 0351/493-5460  
E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Elke Fahr

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag